

7.1.1933:

»Hitler verpaßte seine Stunde«

Die HLZ im Jahr vor der Machtübernahme der NSDAP.

Mit der *Hamburger Lehrerzeitung* wollte die Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens in Hamburg (GdF) ab 1922 einerseits die Kampfkraft der Lehrerschaft zur Durchsetzung ihrer Forderungen wiederaufbauen. Andererseits sollte sie - wie es in der ersten Ausgabe heißt - ein »neutraler Boden für alle Anschauungen, die im ehrlichen Kampfe miteinander nach Klärung und Geltung ringen«, werden (vgl. HLZ 9/02).

In Bezug auf Worte und Taten der Nationalsozialisten informierte die HLZ ihre LeserInnen regelmäßig. Neben der Veröffentlichung einzelner Beiträge von NSDAP-Anhängern setzte sie sich z. B. 1930 kritisch mit dem Zuchtgedanken beim NS-Pädagogen Ernst Kriech auseinander.

Obwohl die HLZ bis 1933 vor allem eine progressive *pädagogische* Zeitung war, gab es seit 1931 im Zuge der Notverordnungs politik der Reichsregierung vermehrt Beiträge zu wirtschaftlichen Themen und zu den Angriffen auf Bezahlung und Beamtenrechte.

Als sich der wachsende Einfluss der NS-Bewegung an ihrer Regierungsbeteiligung in Thüringen

und anderen Ländern zeigte, wurden den LeserInnen regelmäßig warnende Beispiele der dortigen Politik präsentiert, wie z.B. Versetzungen von LehrerInnen und Schulräten sowie drastische Erhöhungen bei den Klassenfrequenzen.

Ab Anfang 1932 brachte die HLZ außerdem Artikel, die beim Nationalsozialistischen Lehrerbund (NSLB) zu vorgegebenen Themen bestellt worden waren und mit einer ausführlichen Erwiderung veröffentlicht wurden. Welche Stationen die HLZ im Jahr vor Hitlers Ernennung zum Reichskanzler im Einzelnen durchlief, wird im Folgenden genauer beschrieben.

»Die deutsche Nation ist im Aufbruch«

Im Januar 1932 beschreibt Albert Mansfeld, GdF-Mitglied und stellvertretender Leiter des NSLB-Hamburg, auf Anfrage der Redaktion die Ziele der Nationalsozialisten in der aktuellen Krise. Gefordert wird die Beseitigung der Bestimmungen im Versailler Vertrag, in denen die deutsche Schuld am 1. Weltkrieg festgeschrieben wurde, sowie die Änderung der Grenzen zur Wiederherstellung des »zusammengehörigen Lebensraumes«. Die Lehrerschaft müsse dazu beitragen, das Volk für die »Einleitung unserer außenpolitischen Befreiung« zu mobilisieren. Grundlegend sei dabei, sich auf die Zugehörigkeit zur deutschen Rasse zu besinnen (HLZ 3/1932).

Eine Erwiderung auf den Mansfeld-Beitrag in der folgenden HLZ verdeutlicht, dass sich die Nazi-Ideologie bereits in der HLZ niedergeschlagen hatte. Hauptkritik des Autors Ernst Matthewes ist, Mansfeld zeige keinen neuen Weg aus der Krise auf. Die nationalistischen Ziele werden nicht nur nicht hinterfragt, sondern sogar ausdrücklich unterstützt. Der Beitrag gipfelt in dem Vorwurf, die NS-Bewegung setze sich nicht konsequent für die deutsche Volksgemeinschaft ein und schone ihre Gegner (bei Matthewes Kreise der Großindustrie und kleine Gewerbetreibende).

Abschließend schreibt Matthewes: »Die deutsche Nation ist im Aufbruch? Jawohl, seit vielen Jahren; kämpfen wir gemeinsam, daß sie auch werde trotz ihrer inneren Feinde; hoffen wir, daß alle Lehrer, wo auch sie stehen mögen, ihre Pflicht gegenüber dem neu werdenden deutschen Volke erkennen.« (HLZ 4/1932)

»Die blonde Bestie kann unmöglich ein Ziel sein«

Ende Februar 1932 bringt die HLZ einen Beitrag zu Lehrerbild und schulpolitischen Zielen der Nationalsozialisten von Hedwig Förster, Gründungsmitglied des NSLB-Hamburg. Auch dieser Artikel ist auf Anfrage der Redaktion verfasst worden. Unter ausdrücklicher Billigung der NSLB-Reichsleitung wird darin deutlich gemacht, dass der Glaube an die »Führereigenschaften der nordischen Rasse« auch für die NS-Schulpolitik

Hamburger Lehrerzeitung 1932/33:

- Wochenzeitung
- meist 16 Seiten im Format DIN A 4
- Auflage ca. 5000 (geschätzt)
- Schriftleiter: C.H. Müller (seit 1931)

grundlegend sei (HLZ 9/1932). Die Nazi-Positionen werden in der gleichen HLZ ausführlich kommentiert: Der nicht genannte Autor versucht dabei vor allem innere Widersprüche im NSLB-Artikel herauszuarbeiten und liefert so einen bemerkenswerten HLZ-Beitrag zur Kritik der NS-Ideologie (Auszüge siehe Seite 30/31).

Gegen »gewerkschaftspolitische Dolchstoßarbeit«

Im August 1932 kommt es im Rahmen der Notverordnungs politik durch eine Senatsverordnung zu einem weiteren Gehaltsabbau: Das bereits mehrfach gesenkte Gehalt soll künftig erst zur Monatsmitte ausgezahlt werden. Erst nach einer Unterschriftensammlung der Interessengemeinschaft oppositioneller Lehrer (IOL) findet am 24.8. zu diesem Thema eine Hauptversammlung (HV) der GdF statt.

IOL-RednerInnen kritisieren, dass die HV nicht vor Erlass der Senatsverordnung einberufen wurde, um rechtzeitig über Kampfmaßnahmen zu beraten. Als nächsten Schritt beantragen sie die Einberufung einer allgemeinen Beamtenversammlung. Daraufhin liest HLZ-Redakteur C.H. Müller aus einem internen Rundschreiben der KPD-nahen Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO) vom 17.3.32 vor und behauptet, die IOL betreibe Spitzel- und Zersetzungsarbeit in der GdF.

Das eigentliche Thema der HV gerät so in den Hintergrund. Verabschiedet wird lediglich eine sehr zurückhaltende Protestnote: Gefordert wird darin die Zurücknahme der Senatsmaßnahme, »sobald es die Kassenlage gestattet« (HLZ 31-32/1932).

Die HLZ berichtet zwar über Argumente der IOL-KollegInnen auf der HV. Schwerpunkt sind jedoch die Vorwürfe gegen sie. Unter dem Titel »Planmäßige kommunistische Zersetzungsarbeit in den Lehrervereinen« behauptet die HLZ, die Kollegialität der IOL-KollegInnen sei nur ein Deckmantel für »gewerkschaftspolitische Dolchstoßarbeit«, für die »Auflösung der Gewerkschaftsfront zugunsten der kommunistischen Parteifront« (HLZ 31-32/1932).

In einer späteren Ausgabe wird eine Stellungnahme der IOL abge-

(wie sie auch die GdF hatte). Einer der oppositionellen Lehrer, Dietrich Rothenberg, ist jedoch auch mehr als 50 Jahre später in einem Artikel bei der Version geblieben, dass die IOL-Hamburg nicht in Verbindung zur RGO gestanden habe. Der GdF-Vorstand habe mit Antikommunismus den Aufbau einer Abwehrfront gegen die Reichspolitik und den drohenden Faschismus gespalten.

Welche Einschätzung auch immer richtig sein mag: Weder kam es zu weitergehenden Aktionen gegen den Gehaltsabbau noch organi-

sierte die HLZ eine Debatte über den anstehenden Abwehrkampf. Schriftleitung und Vorstand blieben eine Antwort schuldig auf die Frage, warum nicht rechtzeitig eine HV zur Beratung von Maßnahmen ein-

Planmäßige kommunistische Zersetzungsarbeit in den Lehrervereinen.

Ein höchst interessantes Dokument ist uns mit einem Rundschreiben des kommunistischen Reichskomitees der Roten Gewerkschaftsopposition vom 17. März 1932, gerichtet an die Bezirkskomitees der RGO und die Bezirksleitungen der KPD., in die Hände gekommen, in dem genaue Richtlinien für eine planmäßige Zersetzungsarbeit in den Lehrervereinen gegeben werden. Die KPD.-Lehrer sollen ihre Mitgliedschaft in den Lehrervereinen nur zum Zwecke der Tarnung ihrer Spaltarbeit aufrechterhalten, sollen mitarbeiten nur als bewußte und beauftragte Spitzel. Ihre Arbeit will der kommunistischen Partei, nicht der Schule und dem Lehrerstand dienen. Die Kollegialität soll als Deckmantel für gewerkschaftspolitische Dolchstoßarbeit dienen.

Harte Vorwürfe an die Interessengemeinschaft oppositioneller Lehrer (HLZ 31-32/1932).

druckt, verbunden mit einer Erwidern der Schriftleitung (HLZ 35-36/1932). Die IOL erklärt, das RGO-Rundschreiben sei ihr nicht bekannt gewesen und weist die Vorwürfe zurück. Sie wende sich gerade gegen resignative Stimmungen und setze sich für eine kämpferischere Politik der GdF ein. HLZ-Schriftleitung wie IOL werfen sich gegenseitig vor, in ihren Beiträgen vom Wesentlichen abzulenken.

Aus heutiger Sicht steht das RGO-Rundschreiben im Einklang mit der noch bis 1935 geltenden Sozialfaschismusthese der KPD. Die größere Gefahr für das Volk - im Vergleich zu den Nazis - stellten danach die Führer der Sozialdemokraten dar. Und dazu gerechnet wurden in der Regel sozialdemokratische Gewerkschaftsführer

berufen wurde.

NS-Ideologie: kommentarlos in der HLZ

Während die auf Kampfmaßnahmen drängenden IOL-KollegInnen isoliert wurden bzw. sich womöglich selbst isolierten, wurde die HLZ gegenüber den Nationalsozialisten zunehmend zurückhaltender: In ihren meist kurzen Berichten enthält sich die HLZ meist der direkten Kritik und lässt die Fakten für sich sprechen. In einem Bericht über eine NSLB-Veranstaltung von Ende Oktober 1932 wird der Rassenhass der Nazis noch deutlich verurteilt: Er führe »bis in die neidvolle Niedrigkeit von Judenverfolgung und Bruderkrieg« (Ludwig Janßen in HLZ 45/1932).

Fortsetzung auf Seite 32

Die Tendenz zum Zurückweichen zeigt sich im Dezember 1932: Die HLZ veröffentlicht den Artikel »Erbbiologische Notwendigkeiten« von H. Gültzow. Darin spricht sich der Autor für eine Aussonderung bzw. Sterilisierung von Erbkranken aus, ohne dass sich die Schriftleitung der HLZ von den Positionen distanziert (Nr. 51-52/1932). Weitere Anklänge an NS-Propaganda gibt es in der HLZ vom 21. Januar 1933 in der Zusammenfassung eines Vortrags von Prof. Dr. Potetsch-Heffter über »Probleme der Verfassungsreform«. Darin wird es als

notwendig bezeichnet, »einer autoritären Staatsführung nicht den Weg zu verbauen«. Von der Redaktion wird lediglich in einer Vorbemerkung erklärt, dass Beamte »an den Dingen, die sich in dieser Beziehung vorbereiten, außerordentlich interessiert« seien (HLZ 3/1933).

Rückblickend erscheint dieser Kurs gegenüber den Nationalsozialisten als großer Fehler, zumal die NS-Bewegung lange Zeit »an der Lehrerschaft spurlos vorübergegangen« zu sein schien, wie sich ein Sprecher des NSLB noch Ende Oktober 1932 übertreibend ausdrückte (HLZ 45/1932).

Illusionen über die faschistische Gefahr

Im Neujahrsartikel von 1933 werden die Illusionen deutlich, die bei der HLZ-Schriftleitung (und wohl auch beim GdF-Vorstand) über

den Ernst der Lage bestehen: 1932 sei der Tiefstand der Wirtschaftskrise erreicht worden. Die zum Jahresende verlangsamte Zunahme der Arbeitslosenzahlen und einige andere Wirtschaftsdaten ließen aber auf eine allmähliche Besse-

gut drei Wochen vor der NS-Machtübernahme (HLZ 1/1933).

Angesichts dieser krassen Fehleinschätzung in Bezug auf die von der NS-Bewegung ausgehenden Gefahren wundert es wenig, dass Vorstand und HLZ einen entschiedenen Einsatz zum Aufbau einer antifaschistischen Abwehrfront vermissen ließen. Bereits im Januar 1933 fanden im Curiohaus keine Versammlungen mehr statt außer den von der Satzung geforderten. Und so war es nur noch ein kleiner Schritt zum weiteren Zurückweichen vor den Nazis, was ein Vierteljahr später in der Zustimmung und aktiven

gestaltung bei der Gleichschaltung gipfeln sollte.

(Fortsetzung folgt)

MANNI HEEDE

An der Wende.

Das Jahr 1932 wird, wenn nicht alle Zeichen trügen, das Jahr des Tiefstandes der gegenwärtigen Wirtschaftskrise sein. Die verlangsamte Zunahme der Arbeitslosigkeit — Ende November zählten die Gewerkschaften unter ihren Mitgliedern an Arbeitslosen 4,3 v. H. mehr als zur gleichen Zeit des Vorjahres, Ende August waren es noch 10,4 v. H. —, die leise Belebung des Waren- wie des Fondsmarktes und andere Anzeichen lassen eine allmähliche Besserung erhoffen. (...)

In der Neujahrsbetrachtung vor einem Jahre gingen wir von der Überzeugung aus, daß alles gemeinschaftspolitische Handeln und Hoffen den Charakter des Provisorischen trage. Alles lag offen. Man ahnte Entscheidungen. Man wartete auf sie. Aber die Entscheidungen kamen nicht, politisch nicht und wirtschaftlich nicht. Hitler verpaßte seine Stunde, und Papen scheiterte. Der Brodem der Untergangs- und Wiederauferstehungsmythologie, der eben noch wie eine Gewitterwolke verheißend und drohend den Ausblick hinderte, verflüchtigte sich. Tausende begannen wieder, sich auf sich selbst zu besinnen, der zugleich lähmenden und zugleich ekstatisierenden Eschatologie der Zeit zu entfliehen. Das Ausbleiben der Entscheidung wurde Entscheidung. (...)

Fataler Irrtum: Neujahrsbotschaft in der HLZ 1/1933.

ung hoffen. Gleichzeitig zeige das Phrasengeschrei politischer Parteien inzwischen weniger Wirkung: »Hitler verpaßte seine Stunde, und Papen scheiterte« — so das Urteil auf der HLZ-Titelseite nur

Basis-Seminar I

Schule mitbestimmen – Gemeinsam statt einsam



Mo., 10.02. (15 Uhr) bis Di., 11.02. (15 Uhr) in Bad Bevensen

Kosten: € 20,- (für Vertrauensleute kostenlos)

Anmeldung/Information bei der GEW unter: 41 46 33-11.

Inhalte:

- Fallbeispiele zum Umgang mit Gesetzen und Erlassen
- Selbstbewusstes Handeln in Konfliktfällen am Arbeitsplatz
- Gemeinsame Interessen vertreten und durchsetzen
- Anregungen zur Aktivierung der Betriebsgruppe
- Erfahrungsaustausch

Hamburger Lehrerzeitung

Herausgegeben und verlegt von der
Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul-
und Erziehungswesens in Hamburg

11. Jahrgang

Hamburg, Sonnabend, den 27. Februar 1932

Nummer 9

Der Nationalsozialismus und die neue deutsche Schule.

Don H. Förster, N.S.D.B. Hamburg.

(...)Sicherlich ist es die Aufgabe eines nationalsozialistischen Staates, dafür zu sorgen, daß die positiven Eigenschaften des nordischen Menschen als Forderungen aufgestellt werden, denen der deutsche Staatsbürger zu genügen hat(...)

Nationalsozialistisch gesinnt ist, wer kampfesmutig sich zum Nationalsozialismus bekennt, (...)

So wird es im nationalsozialistischen Staat nur zwei Klassen Menschen geben: diejenigen, die in diesem Sinne leben, und diejenigen, die es nicht tun. Alle andern Unterschiede werden von minderer Bedeutung sein. Daraus ergibt sich, daß es nicht eine Schule für Arme und Bemittelte geben kann, nicht eine für Kinder „gebildeter“ Eltern und eine für solche „ungebildeter“ Eltern. (...)

Das ist in größten Umrissen die Form der neuen deutschen Schule: Staatschule, Einheitschule, christliche Schule; als Grundlage die Grundschule (die weiter hinaufreichen wird als bisher) und auf ihr die Oberschule in etlichen Gabelungen. Als Krönung die Hochschule.

(...)Nicht das Fachwissen wird auf der höheren Schule von ausschlaggebender und daher typenbestimmender Bedeutung sein, nicht die Spezialbegabung des Schülers im Mittelpunkt der Beachtung stehen, sondern die Auslese der Fächer nach nationalen und sozialen, staatspolitischen Gesichtspunkten. (...)

Kritische Anmerkungen zu dieser Antwort.

(...)Schon das ist für unser Denken eine schwer zu übersehende Inkongruenz, daß eine Bewegung, die den Führergedanken betont in den Vordergrund schiebt, in so wichtiger Angelegenheit, wie es die Schule und die Erziehung ist, nur eine Offizialmeinung duldet und anerkennt. Daß sie nicht Raum gibt für das Ringen im Geist, für das Wesenhafteste des Führens, für dieses: in mutiger Selbstverantwortlichkeit zu wachsen, auch gegen die Masse und nur für sich zu stehen, durchzudringen, zu reifen, aufzufleigen zum Führer oder — zu fallen. Im Dogma gibt es kein Führertum. Es gibt nur ein Gehorchen ohne ein Führen. (...)

Die Kirche hat keine Führer, konsequenterweise, sie hat Seelsorger, Kirke, die das Festgelegte, das Offizialgesetz hüten und wahren.

Noch unerträglich wird der Widerspruch, wenn man den zweiten Gedanken hinzunimmt, den, daß die Rasse das letztlich Bestimmende sein soll. Ein naturwissenschaftlicher Tatbestand soll grundlegend bestimmend sein für die geistige und kulturelle Haltung. Das ist Materialismus in Reinkultur. Der Erbzeug ist völlig einseitig eine Kausalangelegenheit. Ganz ohne Frage ist er als Tatbestand vorhanden: wir sind erbbiologisch in eine Keimbahn, um ganz sachlich zu sprechen, eingespannt, aus der uns niemand befreien kann. Und dennoch wird niemals und darf niemals der wirklich Lebende, der sich als Subjekt, als handelnde und verantwortliche Ichexistenz Lebende diesen Kausalbezug für sich reklamieren, er darf ihn nicht einmal denken. Denn die Kausalvorstellung beraubt den Menschen seiner Freiheit nicht nur, er beraubt ihn seiner Verantwortlichkeit. Ohne Verantwortlichkeit aber ist ein persönliches, mehr als vegetatives Leben nicht denkbar. (...)

Im Nationalsozialismus, in einer Weltanschauung des Führertums, der Ich-aktiven und wir-aktiven Tat, wenn man einmal die Worte ernst nimmt, ist er völlig absurd. Er ist um so absurder, als er den einzelnen Menschen wieder ganz aus der Kulturgebundenheit, aus Volk, Religion, Familie, Staat löst und ihn einseitig an seine Erbformel bindet. Denn was soll der nicht Reine, der Rassefremde unter den andern, was kann ihm ein Volk bedeuten, das nicht seine Erbformel hat? Er ist „rassfremd“ und also ohne Wert, ohne Möglichkeit, ohne Verantwortung, ohne Bindung. Wer aber ist rein? Niemand. Nicht zwei im weiten deutschen Land haben die gleiche Erbformel, es seien denn — auch da nur bedingt — eigleiche Zwillinge. Das kann niemand ableugnen, der auch nur die Anfangsgründe des Mendelismus kennt. Wie also sollen wir ein Volk sein? Wie sollen wir eins werden? Aus der Kausalität gibt's kein Entzinnen. Wenn sie bestimmt, sind wir 65 Millionen, nichts weiter.

Als Erzieher müssen wir uns mit besonderer Schärfe gegen diese gedankenlose Veranschönigung von naturwissenschaftlicher Kausalität und vitaler Finalität wehren. Nur weil das Leben final ist, nur darum gibt es überhaupt ein Erziehen. Im Kausalen gibt es nur und lediglich eine Zucht. Die Konsequenz des nationalsozialistischen Grundgesetzes von der Rasse wäre die Forderung: die Schule wird abge schafft, und es wird eine Zuchtstation gegründet. Wir sagen das nicht, um einen Scherz zu machen. Wir meinen das durchaus ernst. Wenn der Kausalbezug so bedeutend ist, wie die Rassefanatiker es annehmen, dann sollte man züchten statt zu erziehen, mindestens vor allem züchten. Von Gemeinschaft, Volk, Führertum aber sollte man nicht sprechen. Ein Gensbuck ist kein Führer im Sinne der Kultur.

Man sieht, der Nationalsozialismus hat ein Stück schlecht verstandener Aufklärung mit einem ebenso schlecht verstandenen Stück Preukentum zu einer Weltanschauung verbunden, für die es außerhalb der Partei glücklicherweise noch keinen Namen gibt.

Nun der nordische Mensch. Ob die Offizialvertreter des Nationalsozialismus nicht wissen, daß es eine nordische Rasse schon seit einigen Jahren nicht mehr gibt? Wenigstens nicht mehr im ursprünglichen Sinne? Auch ihr Günther hat sich entschließen müssen, die eine, reine, edle nordische Rasse aufzutheilen. Ganz klar stehen heute schon die daltisch-fälische und die eurasische Rasse nebeneinander. Weitere Spaltungen und Verschiebungen sind täglich möglich. Was also ist nordisch? Und wer ist nordisch? Hindenburg ist Daltier, ein „Rasse“mensch von Form. Man will ihn nicht. Man schwört auf die „Führer“ in den eigenen Reihen. — Nun, Offizial sind sie weitlin fragwürdig. Goebbels und Rosenberg zum Beispiel sind sicher nicht nordisch, nicht einmal, um mit Günther zu reden, „vorwiegend“ nordisch. Wie ist es möglich, daß man ihnen die Führung überläßt, wenn die Rasse, das Nordische Ausgangs- und Grundwert ist? Armes Deutschland, das bei solcher Sezierung sicherlich nicht zu sich selber kommen wird! „Wir kennen nicht Proletarier oder Fabrikdirektoren, nicht Bauer oder Pring“, so heißt es immer bei den Nationalsozialisten. Aber wir kennen nordisch und eurasisch, daltisch und westlich, ostlich und dinarisch und was nicht noch, rein und unrein, Voll-, Halb- und Viertelblut. Armes deutsches „Volk“!

Die nordische Rasse will Weiträumigkeit. Das ist ein neues Wort für Imperialismus. Es kann auch ein anderes Wort sein für Unstetigkeit, Unfestigkeit, Fremdräueli, Bodenlosigkeit, Globetrotterei, im Geistigen Phantastik, Plänefahnderei, Wort-rausch, Rausch überhaupt. Die nordische (eurasische) Rasse hat auch fragwürdige Eigenschaften. Es fehlt ihr die breite Bodenständigkeit, es fehlen Besinnlichkeit und Feste. Die blonde Bestie als Kultur- und Menschheitsideal, das kann unmöglich ein Ziel sein. Wo bleiben Bescheidenheit, Sachlichkeit, Realsinn, Ausreifung, Bodenständige Fülle? Neben das Triebhafte, wieder kausal Gesehene treten die finalen Pflicht- und Reifehaltungen, die gerade in der Schule und in der Kultur die entscheidende Rolle spielen. (...)

Sonderbar, höchst sonderbar sind diese Gedanken sprünge. Sie wiederholen sich in den Sätzen über die deutsche Schulgestaltung. Die gesamte Erziehung liegt in den Händen des Staates — wird aber geleistet von . . . der Kirche. Im nationalsozialistischen Staat wird es nur zwei Klassen Menschen geben — noch neben den Rassen! Nationalsozialistisch sein ist eine Frage der Gesinnung, eben war's noch eine der Rasse. (...)

Eingermäßen deutlich wird der Schulaufbau; klar festgelegt wird, daß die Grundschule weiter hinaufreichen wird als bisher. Die Hoch- und Sonderstellung der Universität dagegen bleibt sehr im Unklaren. Wer soll sie besuchen? Die Auslese wird „statfinden nach Charakterlichen so gut wie geistigen Fähigkeiten“. Was heißt hier, wo einerseits die Rasse bestimmend genannt wird, wo andererseits nationalsozialistisch gleichgesetzt wird mit Charakter haben, was heißt hier noch „charakterliche Befähigung“? „Nationalsozialistisch gesinnt ist, wer kampfesmutig sich zum Nationalsozialismus bekennt“: wenn diese hoffnungs- und charakterlose Gedankenzirkel gelte soll, dann bräuchten wir keine Universität und keine höheren Schulen mehr. Möge der Himmel uns bewahren vor dieser „einheitlichen, die künftigen akademischen Führer ohne weiteres verbindenden Bildungsgrundlage“! (...)

Schule oder Zuchtstation? — Zitate aus dem Beitrag von Hedwig Förster (NSDAP) und die bemerkenswerte Kritik der HZ (gekürzt).